

## Recht auf Bildung ist Menschenrecht

### Treffen von VBE und Solidarność zum Tag der Menschenrechte

Am 10. Dezember, dem Tag der UN-Menschenrechte, war eine Delegation der NSZZ Solidarność unter Leitung von Teresa Misiuk, Vizepräsidentin (Abteilung Bildung), Gast des VBE Bundesverbandes in Berlin. Von Seiten des VBE nahmen Udo Beckmann und Rolf Busch vom geschäftsführenden Vorstand sowie Gitta Franke-Zöllmer, stellvertretende Bundesvorsitzende für Internationales, und Helge Dietrich, stellvertretender Bundesvorsitzender für Beamtenpolitik, teil. Mit den polnischen Kolleginnen und Kollegen bestand Übereinstimmung, dass die staatlichen Schulen gestärkt und solide finanziert werden müssen und Lehrerinnen und Lehrer eine höhere Wertschätzung in der Gesellschaft brauchen. Für VBE und Solidarność sind dies Schwerpunkte in der gewerkschaftlichen Interessenvertretung. Teresa Misiuk und Udo Beckmann sagten, dass in Deutschland und Polen die soziale Herkunft zu stark über den Bildungsweg der Kinder und Jugendlichen entscheide. Bei PISA 2009 erreichte Polen in der Lesekompetenz 15-Jähriger 500 PISA-Punkte und damit 21 Punkte mehr seit PISA 2000. Deutschland legte um 13 Punkte auf 497 zu, während der OECD-Durchschnitt von 500 PISA-Punkten 2000 auf 494 Punkte 2009 absackte. Für Polen gehen laut OECD 15 Prozent der Unterschiede in den Schülerleistungen auf sozioökonomische Faktoren zurück, für Deutschland sind es 18 Prozent, während es für Finnland acht Prozent sind. Teresa Misiuk und Udo Beckmann unterstrichen, kein Kind dürfe verlorengehen. Das Recht auf Bildung sei ein grundsätzliches Menschenrecht.



Teresa Misiuk und Udo Beckmann unterzeichnen die Erklärung von VBE und Solidarność zum Tag der Menschenrechte

Dieser Grundsatz wurde auch in der gemeinsamen Erklärung von VBE und Solidarność zum Tag der Menschenrechte bekräftigt: „Bildung muss unabhängig vom Einkommen der Erziehungsberechtigten und unabhängig von der regionalen und sozialen Herkunft für alle Kinder und Jugendlichen zugänglich sein. Bildung muss die Achtung vor den Menschenrechten stärken und zu Verständnis, Toleranz und Freundschaft zwischen den Nationen und unter den Menschen beitragen.“

Solidarność und VBE vereinbarten die weitere enge Zusammenarbeit. Beide Gewerkschaften sind Mitglieder der Education International (EI). Rolf Busch betonte als Vorsitzender des Thüringer Lehrerverbandes tlV, die Landesverbände des VBE im Osten hätten eine ähnliche Geschichte wie Solidarność und er fühle sich deshalb mit Solidarność sehr verbunden. Gewerkschaftliche Pluralität sei ein großer Gewinn für eine starke Interessenvertretung der Kolleginnen und Kollegen.

### Rechtsanspruch auf Inklusion in Ländern verankern

Der VBE dringt darauf, den Rechtsanspruch auf inklusive Bildung für den gesamten Bildungsbereich in den Ländern gesetzlich zu verankern. Das machte VBE-Bundesvorsitzender Udo Beckmann Anfang November in Bonn auf der ersten Tagung des Expertenkreises „Inklusive Bildung“ der Deutschen UNESCO-Kommission deutlich, dessen Mitglied er ist. Für den VBE stehe fest, erklärte Udo Beckmann, dass für die Bundesrepublik der englische Wortlaut der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen einschließlich des Artikels 24 zur Bildung verpflichtend sei und damit das Bekenntnis zu einem inklusiven Bildungssystem. Die Inklusion müsse zügig und zugleich mit Augenmaß angeschoben werden. „Wenn einige Finanzminister glauben“, stellte Udo Beckmann klar, „die UN-Konvention sei ein Beitrag zur Haushaltssanierung, weil man mehr Kinder mit Behinderungen in die allgemeinbildenden Schulen überführen könne, ohne die notwendigen Ressourcen mitzuliefern, sind sie auf dem Holzweg. Der Auftrag an die Bildungs- und Finanzpolitiker durch die UN-Konvention lautet, in allen Bereichen des Bildungssystems eine qualitativ hochwertige sonderpädagogische Förderung sicherzustellen. Dazu gehört auch die Bereitstellung umfassender Stützsysteme. Die bestehende hohe Qualität sonderpädagogischer Förderung muss Schritt für Schritt in die Regelschulen überführt werden.“ Der Expertenkreis unter Vorsitz von Ministerin a.D. Ute Erdsieck-Rave will die Umsetzung inklusiver Bildung bundesweit durch gemeinsame Initiativen fördern.

## Forderungen für Tarifverhandlungen 2011 stehen

Die Einkommensrunde 2011 im Länderbereich beginnt am 4. Februar 2011. Der VBE sitzt unter dem Dach der dbb Tariffunion am Verhandlungstisch. VBE-Bundesvorsitzender Udo Beckmann erklärte zu den am 14. Dezember beschlossenen Forderungen der dbb Tariffunion: „Die 2011 beginnenden Tarifverhandlungen müssen zu einem Einkommensplus für den öffentlichen Dienst führen. Eine Erhöhung der Entgelte um 50 Euro als Sockelbetrag und drei Prozent plus ergeben 5 Prozent mehr und sind angemessen.“



Die VBE-Mitglieder in der dbb Bundestarifkommission

Beckmann wies die Appelle der Arbeitgeber nach Zurückhaltung zurück. „Die Sicherung eines qualifizierten Lehrernachwuchses wird nur gelingen, wenn der Lehrerberuf für junge Menschen an Attraktivität gewinnt. Schon jetzt konkurrieren Wirtschaft und öffentlicher Dienst um die Besten. Der Fachkräftemangel wird das Problem noch verschärfen. Die Ergebnisse der Einkommensrunde 2011 müssen deshalb zeitgleich auch in den Beamtenbereich übertragen werden. Der VBE erteilt allen Versuchen, verbeamtete und tarifbeschäftigte Kolleginnen und Kollegen gegeneinander auszuspielen, eine klare Absage.“ Beckmann bekräftigte zudem: „In den bevorstehenden Tarifverhandlungen muss außerdem ein deutliches Signal gegeben werden, dass die tarifliche Eingruppierung der Lehrkräfte Bestandteil der Einkommensrunde bleibt, ohne dass diese auf die allgemeine lineare Erhöhung angerechnet wird.“

## Europas Bildungsgewerkschaften für mehr Bildungsinvestitionen

Das Europäische Gewerkschaftskomitee für Bildung und Wissenschaft (EGBW), in dem der VBE Mitglied ist, hat eine neue „Europäische Regionale Struktur“ in der Bildungsinternationale (EI). „Zukünftig werden die europäischen Bildungsgewerkschaften in neuer Struktur zusammenarbeiten, die eine einheitliche Interessenvertretung in Europa gewährleistet“, sagte Gitta Franke-Zöllmer, stellvertretende Bundesvorsitzende für Internationales, die den VBE auf der außerordentlichen Generalversammlung in Brüssel am 22. November vertrat. Die Delegierten europäischer Bildungs- und Lehrergewerkschaften beschlossen eine neue Satzung und hoben damit die Doppelstrukturen von EGBW und EI Europe auf. Die neue Struktur wird unter dem Namen „EGBW“ weitergeführt.

Das EGBW vertritt als Zusammenschluss nationaler Bildungsgewerkschaften in Europa die Interessen gegenüber der EU. Im Fokus steht das EU-Programm Bildung und Ausbildung 2020 mit den zentralen Themen: Bildung für nachhaltige Entwicklung, lebenslanges Lernen, neue Richtlinien für die Berufsausbildung, die Initiative „Jugend unterwegs in Europa“. Das EGBW erklärte in einer Stellungnahme, dass lebenslanges Lernen nicht nur als ökonomisches Instrument gesehen werden und Mobilität nicht von den privaten finanziellen Möglichkeiten abhängen darf. Wie der VBE dringt das EGBW auf mehr Investitionen in Bildung und in bessere Lern- und Lehrbedingungen als die beste Grundlage für nachhaltige Entwicklung und Stabilität Europas.

## VBE-Bundesseniorenvertretung tagte in Berlin



Im November 2010 kam die Bundesesseniorenvertretung des VBE in Berlin zusammen. Bundesseniorensprecher Max Schindlbeck (7. v. l.) begrüßte Seniorenvertreter aus 15 der 16 Bundesländer. Für die Kolleginnen und Kollegen aus Bremen, die noch keine eigene Seniorenvertretung haben, wurde eine Kommunikationsverbindung hergestellt.

Max Schindlbeck berichtete von seiner Mitarbeit als kooptiertes Mitglied im VBE-Bundesvorstand. Einen Schwerpunkt seiner Arbeit sehe er im Bemühen, entsprechend dem Auftrag der letzten Vertreterversammlung die volle Mitgliedschaft, d.h. Sitz und Stimme, für die Seniorenvertretung im Bundesvorstand zu erreichen. Udo Beckmann und Rolf Busch (Bildmitte) vom geschäftsführenden Vorstand des VBE Bundesverbandes besuchten die Seniorentagung und berichteten über die aktuellen Arbeitsthemen des Bundesvorstands, über die Zusammenarbeit mit dem dbb und mit den Partnerorganisationen auf europäischer Ebene. In der Diskussion mit den Senioren über die noch offene Statusfrage sicherten beide eine faire Behandlung der entsprechenden Antragstellung im Bundesvorstand und in der Bundesversammlung zu.

Die Seniorensprecher der Länder tauschten sich darüber aus, dass außer in Bremen in allen übrigen Bundesländern auf allen Verbandsebenen die Statusfrage durch Zubilligung von Sitz und Stimme für die Seniorenvertreter in den entsprechenden Gremien angegangen und fast überall schon erfolgreich abgeschlossen werden konnte. Der persönliche Kontakt zu den Kolleginnen und Kollegen und direkte Hilfsangebote für sie bleiben stets entscheidend für die Fortsetzung der Mitgliedschaft im VBE, so das Fazit der Landesvertreter. Außerdem standen auf dem Programm Fachvorträge zum Erbrecht und zur Sterbegeldversicherung.

VBE Bundesgeschäftsstelle

Behrenstraße 23/24  
10117 Berlin  
T. + 49 30 - 726 19 66 0  
presse@vbe.de  
www.vbe.de

Verband Bildung und Erziehung

VBE